

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 23/2016

Leipzig, den 19. Dezember 2016

### **GEW Sachsen: Planungssicherheit für Hochschulen ja, weniger Studienplätze nein!**

Aus Anlass der heutigen Unterzeichnung der „Zuschussvereinbarung 2017 bis 2024“ zwischen der Sächsischen Staatsregierung und den staatlichen Hochschulen zieht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Sachsen eine gemischte Bilanz. Die GEW begrüßt, dass es in den Jahren 2017 bis 2024 keinen weiteren Abbau von Haushaltsstellen geben soll, kritisiert aber zugleich scharf, dass die Hochschulen dafür nach 2020 die Zahl der Studienplätze in Sachsen reduzieren müssen. Gleichzeitig weist die GEW darauf hin, dass es neben den Haushaltsstellen zahlreiche Stellen an den Hochschulen gibt, die über befristete, in den nächsten Jahren auslaufende Programme finanziert werden. David Jugel, stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Sachsen, stellt hierzu fest: „Nur mit einer Umkehr des Trends zu einem steigenden Anteil an Projektförderung, hin zu einer verbesserten Grundfinanzierung, ist wirkliche Planungssicherheit für die Hochschulen zu erreichen.“

Die GEW Sachsen geht wie viele andere hochschulpolitische Akteure davon aus, dass das Interesse an einem Studium in Sachsen auch in den nächsten Jahren nicht nachlassen wird. Bisher sind alle Prognosen z. B. der Kultusministerkonferenz über künftige Studierendenzahlen regelmäßig in der Realität übertroffen worden. Aktuell kommen viele geflüchtete Menschen hinzu, die Interesse an einem Studium haben. Ohnehin sind sächsische Hochschulen zunehmend interessant auch für ausländische Studierende. Das unterstützt den im Hochschulentwicklungsplan erklärten Anspruch auf Internationalität der Hochschulen. Hinzu kommt der bekannt hohe Bedarf an qualifizierten Menschen nicht zuletzt im Freistaat Sachsen.

Die GEW Sachsen fordert darüber hinaus die Hochschulen erneut auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gute Beschäftigungsbedingungen zu bieten - nicht zuletzt durch mehr Dauerstellen und eine längere Dauer bei Fristverträgen. „Sachsens Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen (im Übrigen ebenso wie die Studienakademien der Berufsakademie Sachsen) brauchen eine ausreichende Grundfinanzierung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, und ihre Beschäftigten benötigen attraktive Arbeitsbedingungen“, so das Fazit von David Jugel.

„Es bleibt zu hoffen“, so Jugel abschließend, „dass die im Falle der Umsetzung der Zuschussvereinbarung reduzierte Zahl der Studienplätze nicht später als Vorwand dafür dient, doch erneut die Zahl der Haushaltsstellen zu reduzieren.“

Nachfragen möglich unter: 0176 2056 3085 (David Jugel) oder 0177 333 9475 (Torsten Steidten)